

Eine notwendige Neuorientierung der Wirtschaftspolitik

Autor(en): **Schäppi, Hans / Nordmann, Dani**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **74 (1982)**

Heft 9

PDF erstellt am: **15.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-355103>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Eine notwendige Neuorientierung der Wirtschaftspolitik

Hans Schäppi und Dani Nordmann

Der Artikel von Hans Schäppi und Dani Nordmann bildet den Hintergrund für die Vorstösse der Gewerkschaft Textil-Chemie-Papier «Rettet die Arbeitsplätze der schweizerischen Textilindustrie». Der Diskussionsbeitrag erläutert zugleich die zwei entsprechenden Anträge der GTCP zuhanden des SGB-Kongresses vom 14. bis 16. Oktober dieses Jahres. Red.

Die weltweite technologisch bedingte Arbeitslosigkeit, die Inflation bei zurückgehenden Wachstumsraten, die Währungskrisen und die zunehmenden Störungen des Welthandels sind die Anzeichen einer gegenüber der Hochkonjunktur grundlegend veränderten Situation. Die wirtschaftspolitischen Rezepte aus dieser Zeit sind so auch rasch in Vergessenheit geraten. Aber auch die seit der weltweiten Krise 1974/75 in Mode gekommene monetaristische Wirtschaftspolitik wird ihren Ansprüchen nicht gerecht. Mit dem Ruf nach mehr Markt oder mit Wachstum um jeden Preis sind die neuen Probleme schon gar nicht zu lösen. Auch in der Schweiz, dem monetaristischen Musterland, beginnen die wirtschaftlichen Probleme massiv anzuwachsen. Die restriktive Geld- und Kreditpolitik der Banken und des Bundes verschärfen die Konjunktur- und Strukturprobleme derart, dass viele Betriebe eine Rezession, wie wir sie 1981/82 erleben, nicht mehr überstehen. Die Mittel zur Überbrückung vorübergehender Engpässe und für notwendige technologische Veränderungen können beinahe nur noch von den grossen Konzernen oder durch massive Verschuldung bei den Banken aufgebracht werden. Der rasch fortschreitende Konzentrationsprozess ist eine Folge davon.

Massive Arbeitsplatzverluste und der beginnende Sozial- und Lohnabbau drohen nun auch in der Schweiz die rezessiven Tendenzen und die wirtschaftliche Stagnation zu einer tiefgreifenden Wirtschaftskrise zu verschärfen.

Die Schweizer Wirtschaftspolitik hat die vorhandenen Probleme verschärft

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten der schweizerischen Wirtschaft stellen nicht das Resultat eines unabänderlichen Naturprozesses dar, sondern *sie sind mitverursacht durch die schweizerische Wirtschaftspolitik der letzten zehn Jahre*. Seit Beginn der siebziger Jahre, d. h. seit dem Auftreten weltweiter wirtschaftlicher Probleme und dem Ende der Hochkonjunktur, wurde in der Schweiz eine Wirtschaftspolitik betrieben, für die in der Zwischenzeit in der Form des sogenannten «Monetarismus» eine wissenschaftliche Rechtfertigung gefunden wurde. Ihr Hauptmerk-

mal ist eine restriktive Geld- und Kreditpolitik, mit welcher angeblich die Inflation bekämpft werden soll, welche aber vor allem die Zinsen und den Schweizer Franken in die Höhe treibt. Es ist klar, dass durch diese Restriktionspolitik die mittleren und kleineren, d. h. die weniger konzentrierten und multinationalisierten Unternehmen der Exportbranchen benachteiligt und geschwächt werden.

Zur neoliberalen Wirtschaftspolitik gehört aber auch der Angriff auf die konsumptiven Staatsausgaben, vorab auf die staatlichen Sozialleistungen und die Reallöhne. Die hohen Inflationsraten sollen nicht nur dazu benützt werden, eine restriktive Geldpolitik zu legitimieren, sondern auch, die Löhne zu senken, indem die Teuerung nicht mehr voll ausgeglichen wird. *Durch eine Senkung der Lohnquote sollen die Profitraten der Unternehmer wieder verbessert werden.* Begründet wird der Angriff auf die Löhne damit, dass höhere Gewinne Arbeitsplätze schaffen würden oder dass Gewinne nötig seien, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Wenn wir aber sehen, wie die Unternehmergewinne heute verwendet werden, nämlich zu Rationalisierungen, Investitionen in Billiglohnländern und Umstrukturierungen, so können wir klar erkennen, dass in der heutigen wirtschaftlichen Situation höhere Gewinne für die Unternehmer keineswegs mehr Arbeitsplätze bedeuten. Im Gegenteil. Der Angriff auf die Löhne, die Sozialleistungen und die Staatsausgaben vermindern die Kaufkraft sowie die Nachfrage und verschärfen somit den Schrumpfungsprozess und die wirtschaftliche Krise.

Die monetaristische Wirtschaftspolitik hatte in der Schweiz so auch ihre klaren Auswirkungen. Sie verschärfte die wirtschaftliche Rezession 1974/75 zu einem massiven Produktions- und Beschäftigungseinbruch, welcher nur dank dem Export der Arbeitslosigkeit ins Ausland nicht zu grösseren sozialen Problemen in unserem Lande führte. Diese Entwicklung beschleunigte auch den Strukturwandel, welcher mit den Stichworten Verlust von industriellen Arbeitsplätzen in den ländlichen Regionen (Textil-, Bekleidungs- und Uhrenindustrie), Kapitalkonzentration, weitere Massierung der Arbeitsplätze in den städtischen Zentren und im Dienstleistungsbereich nur angetönt werden soll. Während traditionsreiche Industriebetriebe mit allen Mitteln ums Überleben kämpfen und ruiniert werden, bauen Banken und Versicherungen nach vorangehender Zerstörung von Wohnraum protzige Glaspaläste als Symbol einer parasitären Verschleuderung von Werten. Bestimmt hat die in der Schweiz durchgeführte restriktive Wirtschaftspolitik das ohnehin schon sehr ausgeprägte Ungleichgewicht zwischen ländlichen Regionen und städtischen Ballungszentren noch verschärft.

Krisenbekämpfung auf dem Rücken der Arbeitnehmer

Eine monetaristische Wirtschaftspolitik wird freilich nicht nur in der Schweiz betrieben. Erinnert sei hier nur an die Strategie der englischen und der amerikanischen Regierung. Dies ist auch verständlich – handelt

es sich doch beim Neoliberalismus um eine internationale Strategie zur Restrukturierung der kapitalistischen Wirtschaft im Interesse der multinationalen Unternehmungen und der Banken auf Kosten der breiten Schicht der Arbeitnehmer und anderer traditioneller gesellschaftlicher Schichten.

Verkauft wird die monetaristische Wirtschaftspolitik unter dem Markenzeichen der «Inflationsbekämpfung». Es wird so getan, als ob mit Geldmengenpolitik die Teuerung bekämpft werden könne, ohne dass eine Bevölkerungsgruppe die Kosten dieser Massnahmen zu tragen hätte. Aber erstens stellt der Monetarismus eine eher zweifelhafte Methode der Inflationsbekämpfung dar, weil Zinsen und die Wechselkurse in die Höhe getrieben werden, und zweitens geht diese Form der Inflationsbekämpfung eindeutig auf Kosten der breiten Schicht der Arbeitnehmer (Reallohneinbussen, Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit usw.). Aus der Sicht der Arbeitnehmer gäbe es durchaus wirksame Methoden der Inflationsbekämpfung wie etwa Preiskontrollen, Mietzinskontrollen, Bekämpfung der Spekulation im Liegenschaftensektor usw. Diese Wege werden aber nicht eingeschlagen, weil dadurch auch die Unternehmer Haare lassen müssten.

Die Marktwirtschaft ist alles andere als gesund

In der Schweiz wird die monetaristische Wirtschaftspolitik verbunden mit einer allgemeinen Schönfärberei, mit welcher die ablaufende Strukturveränderung als «Gesundschumpfung» oder als «Bereinigungsprozess» dargestellt wird. Damit werden die ablaufenden Krisenprozesse gleichsam als natürlich oder gar gesund hingestellt. Jede Intervention des Staates oder jede andere Politik, mit welcher Unternehmerinteressen tangiert werden, wird als «unnatürlich» und schädlich verunglimpft. Dahinter steht natürlich als Ideologie das unerschütterte Vertrauen in die «heilenden Kräfte des Marktes», welcher – wenn er nur sich selber überlassen wird – schon aus der Krise herausführen wird. Schon während der grossen Krise der dreissiger Jahre hat sich dieses Vertrauen als grosse Illusion erwiesen. Aber auch heute kann nichts darüber hinwegtäuschen, dass die Marktwirtschaft alles andere als gesund ist. Zu denken geben sollte beispielsweise das unlösbare Dilemma von Arbeitslosigkeit und Inflation, welches weltweit die kapitalistische Wirtschaft kennzeichnet, aber auch die wirtschaftlichen Instabilitäten, die sektoralen und regionalen Fehlentwicklungen und die unkontrolliert fortschreitende Umweltzerstörung.

Hauptansatzpunkte einer neuen Wirtschaftspolitik

Diese Situation erfordert auch von seiten der Gewerkschaften eine *Umorientierung der Wirtschaftspolitik*. Wenn heute die Interessen der Arbeiterschaft an menschengerechten Arbeitsplätzen, an einer notwen-

digen Verkürzung der Arbeitszeit, an der Sicherung der Kaufkraft, den Sozialleistungen und an einem Ausbau der Mitbestimmung verteidigt und durchgesetzt werden sollen, so darf die Wirtschaftspolitik des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes nicht nur auf eine Konjunkturbelebung ausgerichtet sein, sondern muss ebenso darauf abzielen, *die Investitionen und das wirtschaftliche Wachstum schrittweise aus ihrer Unterordnung unter privatwirtschaftliche Gewinninteressen herauszulösen*. Dazu sind tiefgreifende Strukturreformen notwendig, welche nur langfristig durchsetzbar sind. Aber bereits müssen die ersten Schritte eingeleitet werden, welche auf einen neuen Typus demokratisch kontrollierten und geplanten Wachstums zielen.

Die inhaltlichen Hauptansatzpunkte einer neuen Wirtschaftspolitik sind folgende drei Punkte:

1. Die Beschleunigung des qualitativen Wachstums
2. Die soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung
3. Die Verkürzung der Arbeitszeit

Ein neue Wirtschaftspolitik kann nur durchgesetzt werden, wenn Bund, Kantone und Gemeinden eine aktive, eingreifende Wirtschaftspolitik einleiten. Die «Investitionslenkung» unter der Regie der Unternehmer hat zu dermassen grossen Fehlentwicklungen geführt, dass die Planung der Unternehmen künftig in eine volkswirtschaftliche Rahmenplanung eingebettet werden muss.

Dimensionen einer neuen Wirtschaftspolitik sind «Volkswirtschaftliche Rahmenplanung», «Investitionslenkung» und «Ausdehnung des öffentlichen Sektors».

Ausgangspunkt einer neuen Wirtschaftspolitik müssen jedoch die akut auftretenden Fehlentwicklungen und deren Auswirkungen (Kurzarbeit und Entlassungen) sein. Als Gegenmassnahme stehen eine expansive Finanzpolitik der öffentlichen Hand zugunsten der Arbeitnehmer sowie die Verknüpfung von öffentlichen Subventionen mit beschäftigungs-, regional- und strukturpolitischen Auflagen im Vordergrund. Solche Massnahmen müssen schliesslich dazu führen, dass Einfluss auf Richtung und Struktur von Investitionen gewonnen werden kann.

Sofortmassnahmen für notleidende Regionen und Branchen

Sofort müssen Massnahmen für die besonders bedrohten Regionen und Branchen getroffen werden (Textil-, Bekleidungs- und Uhrenindustrie, bzw. entsprechende Kantone). Der Bund muss Gelder bereitstellen, damit eine regional und branchenmässig breitgefächerte Volkswirtschaft erhalten werden kann. Dabei sollen nicht die Arbeitsplätze in der gegenwärtigen Form erhalten bleiben (keine Strukturerhaltung), sondern notwendige Strukturveränderungen geplant werden, damit sie ohne Arbeitsplatzverluste vor sich gehen. Gelder müssen eingesetzt werden für:

- Investitionshilfen zur Erleichterung des technologischen Wandels und zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen,

- die Finanzierung von Weiterbildung und Umschulung bei veränderten Arbeitsanforderungen,
- Überbrückungshilfen bei finanziellen Engpässen.

Solche Hilfen müssen gegenüber den Betrieben an mindestens folgende Bedingungen geknüpft werden:

- Abschluss eines Gesamt- oder Kollektivarbeitsvertrages zu branchenüblichen Bedingungen mit einer massgeblichen Gewerkschaft,
- Garantie der Zahl der Arbeitsplätze, nötigenfalls durch entsprechende, deutliche Arbeitszeitverkürzung,
- umfassende Informationspflicht gegenüber den zuständigen Bundesstellen.

Ein «Fonds zur Sicherung der Arbeitsplätze» soll die beschriebenen Unterstützungsmassnahmen finanzieren. Dieser Fonds wird gespiesen durch die direkten Bundessteuern juristischer Personen, wobei sich die Beitragshöhe an den Bedürfnissen der betroffenen Regionen und Branchen richtet.

Absicherung durch verbindliche Rahmenplanung

Solche Massnahmen müssen mittelfristig ausgedehnt und abgesichert werden. Die Entwicklung der bedrohten Regionen und Wirtschaftszweige muss durch eine verbindliche Rahmenplanung abgesteckt werden. Sie wird von regionalen, branchenspezifischen Wirtschaftsräten vorgenommen, welche sich zu je einem Drittel aus Vertretern der Unternehmer, der Gewerkschaften und durch die politischen Behörden gewählten Konsumentenvertretern zusammensetzt. Die so erstellten Rahmenpläne sind für die Beiträge aus dem Fonds zur Sicherung der Arbeitsplätze verbindlich. Ebenfalls verbindlich sind solche Pläne für sämtliche staatlichen Banken (Nationalbank, Kantonalbanken und allenfalls nationalisierte Banken).

Die Planung dieser Wirtschaftsräte muss durch eine staatliche Investitionspolitik begleitet werden, welche ein qualitatives Wachstum und humane Arbeitsplätze fördert.

Flankierende Massnahmen

Diese neue Wirtschaftspolitik muss in verschiedenen Bereichen durch flankierende Massnahmen gestützt werden:

- Verkürzung der gesetzlichen Höchstarbeitszeit
- Preiskontrollen (inkl. Mietzinskontrollen)
- Ausbau des individuellen und kollektiven Kündigungsschutzes
- Ausbau des gesetzlichen Gesundheitsschutzes
- Kontrolle des Arbeitsmarktes
- Ausbau und Stärkung der Mitbestimmung

Auf die Ausführungen zu diesen, zu grossen Teilen geläufigen gewerkschaftlichen Forderungen sei an dieser Stelle mit Ausnahme der letzten beiden verzichtet.

Die Forderung nach *Kontrolle des Arbeitsmarktes* beinhaltet die Meldepflicht von offenen Stellen (usw.) und eine strenge Kontrolle der Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern unter Beteiligung der Gewerkschaften auch im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung. Grundsätzlich sollen nur noch die Betriebe ausländische Arbeitnehmer beschäftigen können, welche ihre Arbeitsbedingungen in einem Gesamt- oder Kollektivarbeitsvertrag mit einer massgeblichen Gewerkschaft geregelt haben, die während einer noch festzulegenden Zeit die Anstellung des Ausländers garantieren (z. B. 2 Jahre) und die sich zu einer umfassenden Informationspflicht gegenüber den zuständigen Behörden verpflichten.

Der *Ausbau und die Stärkung der Mitbestimmung* soll nicht auf das Endziel eines paritätisch geführten Unternehmens ausgerichtet werden. Die neue Zielsetzung muss die allmähliche Überführung der Unternehmen in Gemeineigentum und Selbstverwaltung sein. Mitbestimmung ist als eine Vorstufe im Hinblick auf eine solche Selbstverwaltung zu verstehen. Darum muss sie beispielsweise neben der Unternehmensführung auch die Entwicklung der konkreten Arbeitsbedingungen eines jeden Arbeitnehmers umfassen; sowohl langfristige Investitionsentscheide beinhalten, als auch Fragen der Arbeitsorganisation; die Wahl des Managements, wie die Wahl von den direkten Vorgesetzten.